

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellungspreis: die monatlich erscheinende Ausgabe kostet 30 Pf., für die Familienausgabe (inschließlich des den dreiwöchentlichen Teil einer Ausgabe) 1,50 RM. Anzeigen-Entnahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expeditions-Dresden-N. 1, Güterbahnhofstraße 2

Abbestellungspreis: drei Monatsstücke 2,50 RM (schließt im voraus), durch die Post 2,70 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Feiertagen. Im Falle höherer Gewalt behält kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Abbestellungspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-K. Schützenstraße 20
Abteilung: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 233. Postfachnummer: Dresden 18 600.
Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17-18 Uhr betriebl. und arbeiterrechtl. Sprechst., Freitags 13-15 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 9. Oktober 1930

Nummer 236

Kommunistische Partei Frankreichs fordert Einstellung der Youngzahlungen!

Während die Hitler, Goebbels und Konjorten sich zu Tributleistungen verpflichten:

Berlin, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Vertreter der kommunistischen Fraktion der französischen Kammer und des Deutschen Reichstags haben am 7. Oktober in Berlin eine Besprechung gehabt, in deren Mittelpunkt der Youngplan mit seinen Auswirkungen für die deutsche wie für die französische Arbeiterklasse stand. Beide Fraktionen erklärten:

Als Vertreter des revolutionären Proletariats Frankreichs wie Deutschlands werden die kommunistischen Fraktionen in der französischen Kammer und im Deutschen Reichstag gemeinsam den revolutionären Kampf gegen den Youngpakt führen.

Der Youngpakt hat für die deutsche Arbeiterklasse die verheerenden Folgen der Weltwirtschaftskrise außerordentlich verschärft. Die Arbeitslosigkeit hat bereits mehr als drei Millionen erreicht und wächst von Woche zu Woche. Die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten und Beamten werden brutal abgebaut. Die sozialen Einrichtungen für die Arbeitslosen, Invaliden, Kriegsgenossen werden weiter auf neue verschlechtert. Die Steuerlast der Massen und ihre Ausplünderung durch die Schandpakt werden fortgesetzt gesteigert. So werden die gesamten wertvollen Massen Deutschlands in ein furchtbares Elend hineingetrieben.

Die deutsche Kapitalistenklasse bemutet den Youngpakt, um die Löhne der Arbeiter herabzudrücken und so den Konkurrenzkampf auf den Weltmärkten zu vergrößern.

Die französische Kapitalistenklasse, in ihren Profitten bedroht durch die Konkurrenz der deutschen Kapitalisten, drückt auf die Löhne der Arbeiterklasse, rationalisiert in den Betrieben, heizt die Arbeitslosigkeit, bürdet der französischen Arbeiterklasse neue Lasten auf (Sozialversicherungsgesetz) und verschärft somit die Lage des französischen Proletariats. Die französischen wie die deutschen Kommunisten weisen die Arbeiterklasse auf

die wachsenden Gefahren des Faschismus und des drohenden Krieges

hin, die durch den Vertrag von Versailles und den Youngplan handgreiflich verschärft werden. Die Kriegsgesellen der deutschen Imperialisten, die Reden der Hitler und Treuherren geben den französischen Imperialisten den Vorwand, sofort nach der Wahl vom 14. September das Kriegsbudget Frankreichs um eine Milliarde zu erhöhen. So wird der Youngpakt zu einer Quelle der wachsenden Kriegsgefahr für die wertvollen Massen Frankreichs, Deutschlands und der ganzen Welt.

Wie die deutschen Sozialdemokraten bereit sind, die Youngtribute aus den arbeitenden Massen Deutschlands herauszupressen, so bestehen die französischen Sozialdemokraten darauf, daß diese Tribute gezahlt werden.

Während die Sozialdemokraten Frankreichs wie Deutschlands die größten Einpeisiger der Youngpolitik mit all ihren verheerenden Folgen für die Arbeiterklasse sind, erklären die Kommunisten im Namen der revolutionären Arbeiterklasse der beiden Länder:

Die kommunistische Fraktion des Deutschen Reichstags beantragte daher die sofortige Einstellung aller Zahlungen aus dem Youngpakt.

Es ist ein Verbrechen, die Youngtribute zu zahlen und zu fordern! Die kommunistische Fraktion der französischen Kammer hat bereits eine Interpellation eingebracht, welche fordert, daß keinerlei Tributleistungen mehr von Deutschland

erhoben werden, daß alle Kriegsschulden annulliert werden.

Keine kapitalistische Regierung in Deutschland und Frankreich, gleichgültig ob Hitler, Brüning, Hermann Müller, Tardieu, Herriot, Paul Boncour, werden den Youngplan befehligen.

Nur die proletarische Revolution wird den Youngplan zerschlagen.

So wie die bolschewistische Revolution in Sowjetrußland die Tribute aus der Jarenzeit zerrissen hat, die Kommunisten Deutschlands und Frankreichs als Glieder der kommunistischen Internationale werden gemeinsam den Kampf für die Zerschlagung des Youngplans und des Versailles Vertrages führen.

Dresden, den 9. Oktober.

Diese Erklärung der KPD und der KPF, insbesondere das Verhalten unserer im harten Ringen gegen den französischen Chauvinismus stehenden Genossen Frankreichs ist ein leuchtendes Beispiel internationaler Solidarität.

Während die Goebbels und Hitler sich bei den englischen und amerikanischen Kapitalisten anschlüssen und ihre Bereitschaft versichern, als eventuelle Regierungspartei Reparationen zu zahlen, verbinden sich die französischen Kommunisten gemeinsam mit ihren deutschen Klassenbrüdern im Kampfe gegen Youngdiktatur, gegen Tributzahlung und internationale Verklaffung des deutschen Proletariats.

Der Versuch der Faschisten, mit dem Hinweis auf das schändliche Verhalten der sozialdemokratischen Führer aller Länder den Gedanken der proletarischen Internationale zu schänden, erhält durch die obige Manifestation eine vernichtende Abfuhr. Sie beweist, daß das revolutionäre Proletariat eines jeden kapitalistischen Landes sich nicht von seiner Bourgeoisie bestechen läßt und daß das deutsche Proletariat in seinem Kampfe um die soziale und nationale Befreiung des deutschen wertvollen Volkes auf die praktische Solidarität der revolutionären Arbeiter der ganzen Welt rechnen kann.

Während die französischen Sozialdemokraten a la Paul Boncour die Interessen der Bourgeoisie ihres Landes verteidigen, schleudert unsere französische Arbeiterpartei den Tardieu und Boncour die Kriegserklärung des Proletariats gegen die Schandverträge von Versailles ins Gesicht.

Frühverliche Grüße unseren französischen Genossen, die im Kampfe gegen Young und Versailles, gegen Imperialismus und Faschismus die bolschewistische Front des internationalen Klassenkampfes besetzen!

Massenempörung gegen sozialdemokratische Kommunalpolitik

3 stürmisch verlaufene SPD-Verfassungen / Faschisten durch Antifa und Reichsbannerarbeiter zurückgewiesen / SPD-Arbeiter erklären „Ihr seid keine Kommunisten!“

Dresden, den 9. Oktober.

Wie tief der Haß und die Empörung breitetest werktätiger Schichten Dresdens über die schändliche, massenfeindliche Kommunalpolitik der sozialdemokratischen sozialistischen Magistratskoalition ist, bewies der Verlauf von 3 öffentlichen Versammlungen, die die SPD in Dresden gestern einberufen hatte. Im Kristallpalast wurde

der sozialdemokratische Bürgermeister Dr. Führer mit empörenden Zurufen, wie „Spardiktator“, „Betrüger“, „Was willst du den Arbeitern denn erzählen?“ usw. von den Arbeitern empfangen.

Die Ausführungen dieses Mannes, der ein Wocheneinkommen von 800 Mark hat, wurden schließlich von der Versammlung unendlich genost. Der zweite Redner, K. S. S., erging sich darauf in einer wüsten Kommunistenbeze. Auf seinen Befehl wurde die Reichsbannerkapelle eingeleitet, um die empörenden Zurufe der Arbeiter zu überdönen. Als dann schließlich die Versammlung forderte, dem kommunistischen Stadtverordneten Gabel das Wort zu erteilen

ist h die sozialdemokratische Versammlungsleitung angesichts der ungeheuren Empörung die Versammlung.

Auch in einer anderen Versammlung im „Reichsbanner“ war Antifaschisten und Antifaschlandhege Trumpf. Aber schon vor Beginn der Versammlung klatterten von der Tribüne herab Dugende von Flugblättern des kommunistischen Jugendverbandes. Unter Diskussionsredner fand den Beifall vieler der anwesenden Arbeiter. Sie machten aus ihrem Widerspruch gegen die Art, wie die SPD-Führer ihre schändliche Kommunalpolitik verteidigen, kein Geheul.

Welche Auswirkung die Politik der SPD-Führer auf die Stärkung des Faschismus hat, bewies die dritte Versammlung in den Blumenjahren. Hinterbusch referierte. Er verteidigte Führers Steuerpolitik als „notwendige Solidaritätsaktion aller Rotleidenden“ und appellierte zum Schluß an die Einsicht des bürgerlichen Interessentenkreises, von dem er „mehr Gefühl für den Menschen“ erbetelte. Schon während seiner Rede prozessierten die Nazis, denen die SPD dank ihrer Politik Gelegenheit gibt, demagogisch ihre Anhänger gegen den Marxismus aufzusuchen. Während der Rede des zweiten SPD-Redners kam es dann zu offenen Tumulten und Schlägereien.

Herr Edel! Wo bleibt Ihre Berichtigung?

8 Tage vor der Reichstagswahl schrieb das Blatt des Herrn Edel, die Dresdner Volkszeitung, zu unserer Behauptung, daß die preussische Regierung dem Diktaturprogramm Brüning zugestimmt habe: „Die Erzählung der Kommunisten ist ein aus schmutzigen Fingern gesogener Schwindel, der jeder Grundlage entbehrt.“

Am Dienstag schreibt die Kölnische Zeitung zum preussischen Sparprogramm:

„In konkreter Hinsicht ist im preussischen Sparprogramm der Wille zu erkennen, sich dem Sanierungsvorschlag der Reichsregierung anzupassen. Selbstverständlich wird es der preussische Sprecher im Reichsrat nicht an bemängelnden Worten fehlen lassen; aber es erweckt doch den Eindruck, als ob Preußen, nachdem sein Finanzminister dauernd bei den Beratungen des Reichskabinetts zugegen gewesen ist, keinen politischen und parlamentarischen Widerstand leisten will.“

Hier wird also abermal der „aus den Fingern gesogene kommunistische Schwindel“ als pure Wahrheit bestätigt.

Wie ist es, Herr Edel und Holzhammer, wollt Ihr noch immer nicht berichtigen? Noch immer Euren Wählern nicht sagen, daß sie von Euch mit faustdicke Walschwindel angelogen wurden? Sie, Herr Edel, haben einen Tag nach der Wahl in der Volkszeitung ihrer Anhänger zur „öffentlichen Diskussion mit den Gegnern“ aufgefordert. Wie wäre es, wenn Sie selber damit den Anfang machten? Thema: Taten und Worte der SPD-Führer!

Obwohl die kommunistischen Arbeiter und Mitglieder der Antifa von den SPD-Rednern bemutet propagiert wurden, gingen sie gemeinsam mit den Reichsbannerarbeitern gegen die propagierenden Faschisten vor von denen einige der lautesten Schreier aus dem Saal geleht wurden. Reichsbanner- und SPD-Arbeiter erklärten nachher unseren Genossen:

„Jetzt wissen wir, daß ihr keine Kommunisten seid.“ Schon aus dieser Ausrufung spricht, zu welcher Aufregung die SPD-Arbeiter durch die schändliche Antifaschistenbeze der SPD-Preße verleitet werden indem sie tatsächlich der Meinung sind, daß die Kommunisten „Arm in Arm mit Hitler“ gingen. Sowohl, wie Kommunisten führen den schändlichen Kampf gegen die schändliche Koalitionspolitik der SPD-Führer, die dem Faschismus den Weg bereiten. Die Kommunisten kämpfen aber mit gleicher Entschiedenheit gegen die faschistischen Arbeitermörder und

fordern die SPD-Arbeiter auf, die gemeinsame antifaschistische Kampffront zu bilden, den Versuch der SPD-Führer auf Sprengung der proletarischen Einheitsfront zu durchkreuzen.

SPD maßregeln RW sind rale weil sie gegen Brüning kämpfen

Halle, 9. Oktober

Der sozialdemokratische Regierungspräsident von Merseburg hat alle kommunistischen Magistratsmitglieder aus Wittenberg ihres Amtes enthoben mit dem Ziel der endgültigen Amtsenthebung. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß unsere Kommunalfunktionäre zur Steuererweigerung, zum Steuerstreik und zur Steuerlabotage gegenüber den Brüning'schen Diktatursteuern aufgefordert haben. Aus demselben Grunde ist der kommunistische Stadtrat von Merseburg vom Amt suspendiert worden.

So scheut sich die preussische SPD-Regierung samt ihren Regierungspräsidenten nicht, mit allen Mitteln im Dienste der Brüning und Hindenburg die Diktaturherrschaft einzutreiben.